



Newsletter des Deutschen Behindertenrats 04/2026



Liebe Leser*innen,

aktuell gibt es viele politische Baustellen - auch was die Belange von Menschen mit Behinderungen betrifft.

Durch geplante Pauschalierungen drohen bei der Eingliederungshilfe Leistungskürzungen, ein paralleler Prozess im Kanzleramt könnte auf Druck der Länder zudem fachliche Standards aushebeln. Bei der Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) wiederum bleibt der Gesetzentwurf hinter dem zurück, was Millionen Menschen mit Behinderungen zu Recht erwarten dürfen – das hat der Deutsche Behindertenrat (DBR) kurz vor der Bundestagsanhörung noch einmal klar benannt.

Dass diese Kritik auch die erreicht, die mitentscheiden, dafür sorgte der DBR in mehreren Gesprächen der letzten Wochen: Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas sicherte im weiteren Gesetzgebungsverfahren mehr Beteiligung und ausreichende Fristen zu. Und auch bei Staatssekretärin Dr. Petra Bahr im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) standen die Bedarfe von Kindern mit Behinderungen auf der Agenda.

Ein Lichtblick zwischendurch: Bei den Inklusionstagen in Berlin ging der Bundesteilhabepreis an drei Projekte, die zeigen, wie Teilhabe im Alltag gelingen kann.

Auf der politischen Bühne bleibt es spannend – der DBR hält Sie auf dem Laufenden.

Herzlichst,
Ihr Team des Deutschen Behindertenrates

Neues aus der Arbeit des DBR

DBR-Sprecherinnenrats-Vorsitzende Michaela Engelmeier bei der 19. Staatenkonferenz zur UN-Behindertenrechtskonvention in New York

Michaela Engelmeier nahm als Vorsitzende des DBR-Sprecherinnenrates gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, als Teil der deutschen Delegation an der 19. Staatenkonferenz zur UN-Behindertenrechtskonvention (COSP19) teil.

Nach der Eröffnung der COSP19, der Generaldebatte und der Wahl der Mitglieder des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen standen bereits zahlreiche Gespräche und Fachveranstaltungen auf dem Programm.

Dazu gehörten unter anderem ein Austausch mit der kanadischen Delegation, die Vorstellung des Disability Inclusive Crisis Response Reports des Zero Project in der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen sowie eine Veranstaltung zur politischen Teilhabe und aktiven Bürgerschaft junger Menschen mit Behinderungen. Themen der Gespräche und Veranstaltungen waren außerdem Internationale Zusammenarbeit für mehr Inklusion zu stärken, Barrierefreiheit und gleichberechtigte Teilhabe voranzubringen und Erfahrungen und gute Praxisbeispiele weltweit auszutauschen



Der DBR spricht mit der Ministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas

In turbulenten Zeiten traf sich der DBR mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas. Hauptthema des Gespräches war die Eingliederungshilfe. Thematisiert wurde der Dialogprozess dazu im BMAS und der aus Sicht der Verbände schlechte Beteiligungsprozess der Verbände. Die Ministerin nahm die Kritik ernst und sicherte im anstehenden Gesetzgebungsverfahren eine bessere Beteiligung und vor allem ausreichende Fristen zu. Angesprochen zum BGG äußerte die Ministerin ihre Enttäuschung, dass das Gesetz nicht noch vor der Sommerpause in 2./3. Lesung zur Abstimmung komme und regte an, die Zeit der Sommerpause zu nutzen, um Abgeordnete noch zu Verbesserungen im Gesetz zu bewegen.



Vertreterinnen des DBR beim Termin mit Bundesministerin Bas - v.l.n.r.: Verena Bentele (VdK); Bärbel Bas (BMAS); Michaela Engelmeier (SoVD, DBR-Sprecherinnenratsvorsitzende); vorne: Dr. Sigrid Arnade (Weibernetz); Bettina Stevener (BAG SELBSTHILFE); Anieke Fimmen (SoVD).

DBR veröffentlicht Pressemitteilung zur Anhörung des Reformentwurfs für das Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG)

Zur Anhörung des neuen Entwurfs für das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) im Ausschuss für Arbeit und Soziales fordert der DBR in einer Pressemitteilung erneut deutliche Nachbesserungen am Gesetzentwurf.

"Der vorliegende Entwurf bleibt hinter den Erwartungen von Millionen Menschen mit Behinderungen zurück. Es reicht nicht, Barrierefreiheit zu versprechen – sie muss auch durchsetzbar sein", sagt Michaela Engelmeier, Sprecherinnenratsvorsitzende des DBR darin. "Der Bundestag hat jetzt die Chance und die Verantwortung, aus einem unzureichenden Entwurf ein wirksames Gleichstellungsgesetz zu machen."

Kritisiert werden insbesondere die vorgesehenen Einschränkungen bei angemessenen Vorkehrungen, die fehlende Beweislastleichterung sowie die mangelnden Möglichkeiten, Verstöße gegen Barrierefreiheitsvorgaben wirksam rechtlich durchzusetzen. Auch die

geplante Frist bis Ende 2045 für die Barrierefreiheit von Bundesgebäuden sei nicht akzeptabel.

Die ganze Pressemitteilung kann [hier nachgelesen werden](#).

Treffen mit Staatssekretärin Dr. Petra Bahr

Vertreterinnen des DBR trafen sich mit der Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), Frau Dr. Petra Bahr und tauschten sich über behindertenpolitische Fragen, die dieses Ressort betreffen aus. Natürlich ging es dabei um die Strukturreformgesetze, die im Bereich Kinder- und Jugendhilfe anstehen.

Frau Dr. Bahr führte aus, dass die Hauptzielrichtung eine Verfahrensvereinfachung im Sinne der Kinder und Jugendlichen sei. Die Hauptverantwortung müsse dabei in die Jugendämter zurück. Die DBR-Vertreterinnen mahnten an, die Bedarfe von Kindern mit Behinderungen deutlich in den Blick zu nehmen. Dies wurde zugesichert und es wurde ausgeführt, dass die über 100 Stellungnahmen, die zum 1. Strukturreformgesetz eingegangen seien in den Ressortabstimmungen Berücksichtigung fänden. Eine Kabinettsbefassung sei für Juli geplant, die zweite Reformstufe stünde dann im nächsten Jahr an. Nachgefragt nach der "großen Lösung" im SGB VIII wurden die Hoffnungen gedämpft. Diese sei noch nicht vom Tisch, stünde aber derzeit nicht an.



Vertreterinnen des DBR beim Termin im BMBFSFJ. Mit dabei waren v.l.n.r.: Bettina Stevener (BAG SELBSTHILFE), Verena Bentele (VdK), Anieke Fimmen (SoVD), Wiebke Schär (ISL) sowie ganz rechts Frau Staatssekretärin Dr. Petra Bahr vom BMBFSFJ.

Jour Fixe mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Jürgen Dusel

Im Fokus des Jour Fixe mit Jürgen Dusel am 17.06.2026 stand die massive Kritik am aktuellen BGG-Referentenentwurf kurz vor der Bundestagsanhörung, wobei Jürgen Dusel insbesondere die Klausel zur „unverhältnismäßigen Belastung“ als schweren Fehler rügte und eine gezielte politische Distanzierung ankündigte.

Große Sorgen bereitet der Runde zudem die Eingliederungshilfe: Während das Empfehlungspapier, das das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zum [Abschluss des "Dialogprozesses Eingliederungshilfe"](#) veröffentlicht hat, durch geplante Pauschalierungen verdeckte Leistungskürzungen befürchten lässt, droht ein paralleler Prozess im Kanzleramt auf Druck der Länder die fachlichen Standards komplett auszuhebeln.

Der DBR wird nun versuchen, kurzfristig eine klare Gegenposition zu erarbeiten. Das ebenfalls diskutierte Thema einer flexibleren Wochenarbeitszeit soll wegen großer Bedenken weiter engmaschig beobachtet werden.

Inklusionstage in Berlin - Vertreter*innen des DBR waren dabei.

Am 6. und 7. Juli 2026 fanden in Berlin die Inklusionstage 2026 statt. Unter dem Titel "Ausbildung und Arbeit für junge Menschen mit Behinderungen" gab es an beiden Tagen Gelegenheiten zu Austausch und Dialog. Auch Vertreter*innen des DBR waren mit vor Ort.

Bei der Veranstaltung, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausgerichtet wird, treffen bei Podiumsdiskussionen und Workshops Politiker*innen und Menschen aus der praktischen Arbeit zusammen.

Am ersten Tag der Veranstaltung wurde zudem der Bundesteilhabepreis an das Projekt "Rheinkompanie – professionelle Schauspielausbildung für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung" (1. Preis), an das Startup-Mentoring-Programm inKlub (2. Preis) und an das Projekt "Inklusion leben – Menschen mit Beeinträchtigungen als Kita-Assistenz" (3. Preis) vergeben.



V.l.n.r.: Die stellvertretende Koordinatorin des DBR-Sekretariats Nicole Kautz, die Koordinatorin des DBR-Sekretariats Annielie Fimmen und der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Jürgen Dusel.

Pressemitteilung des DBR zur geplanten Reform der Eingliederungshilfe

Zur Neugestaltung der Eingliederungshilfe hat der DBR eine Pressemitteilung veröffentlicht. Darin warnt der DBR vor Einsparungen bei der Eingliederungshilfe.

Auch wenn nachvollziehbar ist, dass die angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen Reformen erforderlich machen: Diese Einsparungen dürfen nicht zu Lasten von Menschen

mit Behinderungen und einer ihnen gesetzlich zustehenden selbstbestimmten Lebensführung erfolgen.

"Für Menschen mit Behinderungen geht es hier um Grundsätzliches. Teilhabe ist kein Luxus, welche man in schwierigen Haushaltslagen nach Belieben kürzen kann, sondern sie ist ein Menschenrecht im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Wer Leistungen der Eingliederungshilfe beschneidet, spart nicht an Kosten – sondern an Selbstbestimmung, Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe", sagt Michaela Engelmeier, Sprecher*innenratsvorsitzende des Deutschen Behindertenrates. "Wir werden nicht zulassen, dass hart erkämpfte Rechte Stück für Stück wieder zurückgenommen werden."

Die ganze Pressemitteilung [kann hier abgerufen werden](#).

Veröffentlichungen

• Pressemitteilungen und Stellungnahmen zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG)

- Die Pressemitteilung der **Bundesvereinigung Lebenshilfe** greift das anstehende parlamentarische Verfahren zum BGG auf. Zur Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes am 22. Juni fordert die Bundesvereinigung Lebenshilfe die Mitglieder des Bundestages nachdrücklich auf: „Nutzen Sie das parlamentarische Verfahren, um die bestehenden Schutzlücken im Gesetzentwurf zu schließen!“ Die gesamte Pressemitteilung [kann hier abgerufen werden](#).
- Der **Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV)** thematisiert die BGG-Reform mit den kritischen Worten: BGG-Reform - Ein Gesetz, das Behinderte gleichstellt, sieht anders aus. Der Verband fordert deutliche Nachbesserungen am Gesetzentwurf. Die Pressemitteilung [in Gänze ist hier zu finden](#).
- In ihrer Pressemitteilung fordert die **LIGA Selbstvertretung** wirksame Regelungen zur Barrierefreiheit bei Reform des Behindertengleichstellungsgesetz. Die Pressemitteilung [ist hier abrufbar](#).

• Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum Entwurf für ein Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG)

- Die **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)** setzt sich in ihrer Pressemitteilung kritisch mit dem Referentenentwurf für ein Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG) auseinander. Die Mitteilung [ist hier abrufbar](#).
- Auch der **Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm)** hat dazu eine Stellungnahme veröffentlicht. Er bewertet das Gesetz als eine massive Zumutung für pflegende Angehörige. Das vorgesehene Sparpaket belastet Pflegebedürftige und ihre Familien übermäßig und schwäche die häusliche Pflege. Die Stellungnahme [steht hier online](#).
- Die **Bundesvereinigung Lebenshilfe** hat eine Stellungnahme mit dem Titel: „Pflegeneuordnungsgesetz: Sparpaket auf dem Rücken pflegender Familien“ veröffentlicht. Im Gesetzentwurf finden sich enorme Leistungskürzungen, weshalb die Fachverbände für Menschen mit Behinderung einen sofortigen Kurswechsel fordern. Die gesamte Stellungnahme [ist hier abrufbar](#).
- **PRO RETINA Deutschland** fordert grundlegende Nachbesserungen beim Pflege-Neuordnungsgesetz (PNOG), wobei sinnvolle Ansätze mit Leistungskürzungen, neuen Zugangshürden und einer Schwächung pflegender Angehöriger einhergehen. Dadurch wird hinter der Reform Sparpolitik und sozialer Kahlschlag ausgerechnet für diejenigen spürbar, die frühe, barrierefreie und alltagsnahe Unterstützung brauchen. Die gesamte Stellungnahme [ist hier abrufbar](#).

- Die Vereine **wir pflegen** und **Pflegende Angehörige** haben eine Petition zu den Regelungen in der Pflegereform (PNOG) gestartet. Die beiden Verbände fordern in der Petition „Pflegereform ja – aber nicht auf Kosten pflegender Angehöriger“, die geplante Pflegereform grundlegend zu überarbeiten und die häusliche Pflege durch Angehörige, Nachbar*innen und vertraute Bezugspersonen zu stärken. [Hier geht es zur Petition und weiteren Informationen zum Thema.](#)

- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zu geplanten Einsparungen bei der Eingliederungshilfe**

- Mit den Worten „Kostendämpfung statt Menschenwürde“ verurteilt der **Allgemeine Behindertenverband in Deutschland (ABiD)** die Ignoranz der Merz-Regierung gegenüber Menschen mit Behinderung“. Es geht um die Gefahr, dass Menschen mit Behinderung in den aktuellen Reformplänen zur Eingliederungshilfe faktisch auf einen Kostenfaktor reduziert werden. Die gesamte Pressemitteilung des ABiD [ist hier abrufbar](#).
- Die **BAG SELBSTHILFE** äußert sich zu den geplanten Einsparungen. Die durch die aktuell geplanten Sozialstaatsreformen drohenden Kürzungen von Sozialleistungen gefährden der Pressemitteilung zufolge Teilhabe, Demokratie und Werteordnung. Hintergrund der Diskussionen seien die steigenden Ausgaben der Kommunen, insbesondere für die Eingliederungshilfe sowie für die Kinder- und Jugendhilfe. „Trotz finanzieller Schieflage der Kommunen dürfen geplante Sparmaßnahmen nicht zu massiven Leistungskürzungen zu Lasten der Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie zu Lasten der Kinder und Jugendlichen als den Schwächsten in unserer Gesellschaft führen“, erklärt Dr. Martin Danner, Bundesgeschäftsführer der BAG SELBSTHILFE. Die gesamte Pressemitteilung [ist hier zu finden](#).
- „Noch ein Spargesetz ist eins zu viel! Kürzungen bei der Eingliederungshilfe werden die Kommunalfinanzen nicht sanieren.“ Mit diesem Einstieg beginnt die Pressemitteilung der **Bundesvereinigung Lebenshilfe** zum Abschlusspapier Dialogprozess Eingliederungshilfe. Die „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“ die vom BMAS als Ergebnis eines im Koalitionsvertrag vereinbarten Dialogprozesses zwischen Bund, Ländern und Kommunen formuliert worden sind, bereiten demnach eine Reform der Eingliederungshilfe vor, mit denen Menschen mit Behinderung neben der Pflegereform weiter belastet würden. Insgesamt sollen individuelle Leistungen der Eingliederungshilfe nur noch die Ausnahme sein. Die ganze Pressemitteilung [findet sich hier](#).
- „Menschen mit Behinderung sind kein Einsparpotential“ – unter dieser Headline steht die aktuelle Medienmitteilung der **Fachverbände für Menschen mit Behinderung**. Sie zeigen sich empört darüber, dass Bundeskanzler Friedrich Merz daran festhält, die klammen Kassen der Kommunen auf Kosten der Schwächsten sanieren zu wollen. In ihrem gemeinsamen Positionspapier „Keine Kürzungen bei der Teilhabe“ legen die Fachverbände dar, dass vor allem der immer größer werdende Verwaltungsaufwand bei der Eingliederungshilfe die Kosten in die Höhe treibt. Einsparpotential sehen sie daher zuallererst im Abbau von Bürokratie. Die ganze Meldung [ist hier abzurufen](#).
- „Keine Einsparungen auf Kosten der Selbstbestimmung“ – Der Verein **Weibernetz** sieht Frauen und Mädchen mit Behinderungen als Verliererinnen einer geplanten Sparpolitik. Das Bundesnetzwerk fordert alle Verantwortlichen auf, die geplanten Änderungen zurückzunehmen und stattdessen die Rechte von Menschen mit Behinderungen konsequent an den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auszurichten. Denn es zeichnet sich ein massiver Rückschritt der Selbstbestimmung von Menschen mit Beeinträchtigungen ab. [Hier ist die gesamte Presseerklärung abrufbar](#).

- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum GKV-**

Beitragssatzstabilisierungsgesetz

- Die **Fachverbände für Menschen mit Behinderungen** sehen deutlichen Nachbesserungsbedarf. Der Bundestag müsse das beginnende parlamentarische Verfahren nutzen, um drohende Versorgungslücken zu schließen. Die Medienmitteilung dazu [kann man hier abrufen](#).
- Strukturreformen statt Mehrbelastung für Patient*innen: Auch eine Pressemitteilung der **BAG SELBSTHILFE** beschäftigt sich kritisch mit der Debatte zum GKV-Stabilisierungsgesetz im Bundestag. Hier kann man [die Pressemitteilung nachlesen](#).
- **Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS):** Von einem Rekordwert von Anfragen zu Diskriminierung im Jahr 2025 spricht die aktuelle Veröffentlichung des Jahresberichts 2025 der ADS. Am häufigsten waren mit 43 Prozent Anfragen zu rassistischer Diskriminierung (4.571). Der Anteil der Benachteiligungen wegen einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit lag bei 27 Prozent und mit 3.015 Anfragen erstmals über 3.000. Hier ist der [Jahresbericht der ADS abrufbar](#).
- **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ):** „Inklusive Kinder- und Jugendhilfereform nicht einfrieren – Weiter so im status quo kann es nicht geben“ mit diesen Worten leitet der AGJ seine aktuelle Stellungnahme zur Reform der Kinder- und Jugendhilfe ein. Die gesamte Stellungnahme [ist hier abrufbar](#).
- **BAG SELBSTHILFE:** Die BAG SELBSTHILFE sieht die Pläne der Bundesregierung, künftig bereits ab dem ersten Krankheitstag verpflichtend eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorzulegen, mit großer Sorge. Aus Sicht der Patient*Innen führt die Regelung zu vermeidbaren Arztbesuchen, bindet wertvolle Ressourcen in den Praxen und verschärft die ohnehin angespannte Versorgungslage. Die ganze Pressemitteilung der BAG SELBSTHILFE [steht hier online](#).
- **Bundesfachstelle Barrierefreiheit und Kompetenzzentrum Barrierefreiheit Volmarstein:** In einer gemeinsamen Presseerklärung zur „toolbox Digitale Barrierefreiheit“ stellt die Bundesfachstelle und das Kompetenzzentrum einen umfangreichen Werkzeugkasten auf der Website [toolbox-barrierefrei.de](#) vor. Allen Interessierten wird dabei Unterstützung angeboten, ihre Websites, Apps oder Software barrierefrei zu gestalten. Für Unternehmen ist damit zum Stichtag „Ein Jahr Barrierefreiheitsstärkungsgesetz“ (28. Juni) eine Plattform geschaffen, die mit einer Sammlung von hilfreichen Tools bei der verpflichtenden oder der freiwilligen Umsetzung digitaler Barrierefreiheit unterstützt. Die ganze Pressemitteilung [findet sich hier](#).
- **Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS):** Das BMAS hat unter dem Titel „Guide to Protection Against Violence for Persons with Disabilities“ den Wegweiser Gewaltschutz in englischsprachiger Version veröffentlicht. [Hier kann man den „Guide“](#) als barrierefreie PDF abrufen sowie als Printausgabe bestellen. Auch die Wendebroschüre des Wegweisers Gewaltschutz in deutscher Alltagssprache und in Leichter Sprache ist [hier wieder in ausreichender Stückzahl als Druckexemplar bestellbar](#).
- **Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.:**
 - Zur Schwerbehindertenvertretung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und den Überlegungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hinsichtlich einer Änderung der aktuellen Rechtslage hat die Lebenshilfe eine Pressemitteilung veröffentlicht. Sie ist [hier abrufbar](#).
 - In einer [Medienmitteilung stellt die Lebenshilfe](#) den neuen Lebenshilfe-Ratgeber „Recht auf Teilhabe“ vor. Der Ratgeber richtet sich an Mitarbeitende von Beratungsstellen und Leistungserbringern, an rechtliche Betreuer*innen sowie an Eltern, Geschwister und andere Angehörige von Menschen mit Unterstützungsbedarf. Das „Recht auf Teilhabe“ basiert auf dem aktuellen Rechtsstand von 2026 und kann zum Preis von 36,80 Euro plus Versandkosten

[hier bestellt werden](#) oder per E-Mail an vertrieb@lebenshilfe.de oder unter Telefon 06421 - 491-123.

- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV):** Alle reden über KI, aber viel zu selten wird in diesem Zusammenhang an Inklusion und Barrierefreiheit gedacht. Zum Bundesweiten Digitaltag am 26. Juni 2026 hat der DBSV eine Entschließung zur Künstlichen Intelligenz verabschiedet und fordert: Künstliche Intelligenz inklusiv! Die Pressemitteilung dazu ist [steht hier online](#).
- **Die Fachverbände für Menschen mit Behinderungen:** Die Fachverbände für Menschen mit Behinderungen haben die Handreichung „Assistenz für die Ausübung eines Ehrenamts, Leitfaden zur Beantragung in Alltags- und Leichter Sprache“ veröffentlicht. Sie kann [hier in Alltags- und Leichter Sprache eingesehen werden](#).
- **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL):** Die ISL hat den Rechtsstreit gegen die Deutsche Bahn (DB) verloren. Die ISL wollte erreichen, dass Ein- und Ausstiegshilfen nach entsprechender Voranmeldung zu allen Zeiten zur Verfügung gestellt werden, zu denen Züge rollen. Zwei Verwaltungsgerichte in Berlin gaben jedoch der Gegenseite Recht. „Das bedeutet, dass wir als behinderte Fahrgäste weiterhin vom guten Willen der DB abhängig sind und nicht reisen können wie alle anderen auch“, kritisiert die ISL-Geschäftsführerin Wiebke Schär. Die ganze Pressemitteilung dazu [ist hier abrufbar](#).
- **PRO RETINA Deutschland e. V.:** „Sehbehinderung ist oft unsichtbar – Ausgrenzung nicht“ – Mit diesem Aufhänger startet eine Pressemitteilung von Pro Retina. Obwohl rund 7,5 Millionen Menschen in Deutschland mit einer Netzhauterkrankung leben, die zur Erblindung führen kann, ist das Wissen über das Leben von Menschen mit einer Seheinschränkung gering. Der Verein gibt dazu ein klares Statement ab. Die Pressemitteilung [ist hier abrufbar](#).

Termine

- **Deutscher Schwerhörigenbund e.V. (DSB):** Der DSB lädt am **13. August 2026** zum Online-Webinar zum Thema „Sicherer Medien- und Kopfhörergebrauch“ ein. Darin geht es auch darum, zu erkennen, ob jemand ein Risiko-Hörer ist und welche Empfehlungen es zur maximalen Lautstärke und zur Nutzungsdauer bei Kopfhörern gibt. Anmeldeschluss ist der 11. August 2026. Eine Anmeldung [ist hier möglich](#).
- **Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Deutscher Verein):** Der Deutsche Verein lädt vom **31. August bis 2. September 2026** zur Veranstaltung „Kommunale Strategien für einen inklusiven Sozialraum“ ein. Die Präsenzveranstaltung findet in Berlin Spandau statt. Mehr Informationen zum Programm und zur Anmeldung [gibt es hier](#).
- **Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg):** Das Competence Center Gesundheit der HAW Hamburg lädt zu zwei Veranstaltungen im September und November dieses Jahres ein. Das **Herbstsymposium Gesunde Quartiere** findet am **15. September 2026 von 10 bis 16 Uhr** in der Versammlungsstätte an der haw Hamburg statt. Unter den Fragestellungen Wie kann Prävention dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht wird? Und was brauchen Quartiere, Akteur*innen, Politik sowie die Leistungserbringer, um Gesundheit vor Ort wirksam zu fördern? möchten die Beteiligten des Forschungsprojekts „Gesunde Quartiere 2.0“ mit ins Gespräch kommen.
Stadt der Zukunft findet am **11. Und 12. November 2026** im „Wälderhaus“ in Hamburg-Wilhelmsburg als 11. Konferenz "Stadt der Zukunft" statt. Die Veranstaltung widmet sich den Themenfeldern Mobilität, Gesundheit und Lebensqualität in Stadtregionen.
- **Kindernetzwerk e.V. (knw):** Unter dem Motto „Gemeinsam digital stark – Auf dem

Weg zu einem digitalen Zuhause der Familienselbsthilfe“ lädt das knw am **19. und 20. September 2026** zur Jahrestagung ein. Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie Menschen sich austauschen, vernetzen und gemeinsam wirken. Für die familienbezogene Selbsthilfe eröffnet sie große Chancen, bringt aber gleichzeitig neue Herausforderungen mit sich. Die komplette Einladung und Informationen zu Programm und Ablauf [lässt sich hier abrufen](#).

- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV):** Am **30. September 2026 von 14.30 bis 16.30 Uhr** lädt der DBSV zum zweiten Zukunftsgespräch ein. Der Termin findet online statt und dreht sich um das Thema: „Erhalt der Selbstständigkeit als Voraussetzung zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe im Alter“. Eine kurze Zusammenfassung des ersten Zukunftsgesprächs im Jahr 2025 [gibt es hier](#).
- **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ):** Die AGJ lädt zur Fachveranstaltung „Youth Work in unsicheren Zeiten. Zwischen Anwaltschaft, Friedensarbeit und sicherheitspolitischen Erwartungen“ ein. Die Veranstaltung findet am **19. November 2026, von 16.30 bis 19.30 Uhr** statt. Mehr Informationen [gibt es hier](#).
- **Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung, -vernachlässigung und sexualisierter Gewalt e.V. (DGfPI):** Die DGfPI bietet in ihrer aktuellen Ausschreibung das Schwerpunktmodul zur „Fachkraft für betroffenengerechte Arbeit mit kognitiv beeinträchtigten Menschen, die sexualisierte Gewalt ausgeübt haben“ an, das von November 2026 bis Juni 2027 in Vlotho durchgeführt wird. Weitere Informationen zu Inhalten, Terminen, Kosten und Anmeldemöglichkeit [gibt es in der Ausschreibung](#). Anmeldeschluss ist der 30. August 2026.

Einladung zum Mitwirken

Die Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen sucht Interessierte für eine Studie

Lisa Marie Ehrhardt sucht im Rahmen ihrer Bachelorarbeit Interessierte zum Thema E-Commerce und Barrierefreiheit: „Im Rahmen meiner Bachelorarbeit untersuche ich, wie sich Barrierefreiheit im E-Commerce auf das Kaufverhalten von Menschen mit Beeinträchtigungen auswirkt. Hierfür führe ich eine anonyme Online-Befragung durch und suche Personen, die aufgrund einer Behinderung, chronischen Erkrankung oder anderer Einschränkungen Erfahrungen mit Barrieren beim Online-Shopping gemacht haben.“ Interessierte an einer Mitarbeit könne [unter diesem Link](#) teilnehmen. Rückfragen werden gerne [per Mail](#) oder telefonisch beantwortet (Tel.: 01522-955876).

Hochschule Worms – Masterprojekt im Kurs „Organisational Communications“ zur Barrierefreiheit in der Gastronomie

Ben Birkmann, Masterstudent an der Hochschule Worms führt eine Umfrage zum Thema „Barrierefreiheit in der Gastronomie“ durch. Das Master-Projekt der Hochschule Worms sammelt aktuell Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen beim Restaurantbesuch. Ziel ist es, Gastronomen und dem DEHOGA zu zeigen, was sich dringend ändern muss – und dass fehlende Barrierefreiheit auch wirtschaftlich ein Fehler ist.

Die Umfrage dauert ca. 10–15 Minuten, ist anonym und auch für Screenreader verfügbar. Unter allen Teilnehmenden wird ein 50 € Wunschgutschein verlost!

Eine Teilnahme ist [unter diesem Link](#) möglich. Hier können Sie an der Umfrage teilnehmen: Rückfragen gehen [per E-Mail an Ben Birkmann](#).

Projekt „Selbstvertretung und Assistenz stärken“ der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe führt von 2025 bis 2027 das Projekt „Selbstvertretung und Assistenz stärken“ durch. Ziel des Projekts ist die strukturelle Stärkung der politischen Teilhabe von Menschen mit Unterstützungsbedarf und kognitiver Beeinträchtigung – durch den Aufbau eines qualifizierten Pools ehrenamtlicher Assistenzpersonen. Die Lebenshilfe sucht dafür engagierte Personen, die Selbstvertreter*innen in politischen Gremien und Beteiligungsprozessen begleiten und unterstützen.

Vorerfahrungen sind nicht erforderlich. Mehr Informationen [gibt es hier](#).

Sonstiges

Tourisma & Caravaning auf dem Gelände der Messe Magdeburg 8. bis 10. Januar 2027 mit Sonderbereich „Barrierefreies Reisen“

Im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Messe „Tourisma und Caravaning“ entsteht 2027 erstmals der Sonderbereich „Barrierefreies Reisen“. Ziel ist es, die vielfältigen Möglichkeiten eines komfortablen, selbstbestimmten und inklusiven Reisens in den Mittelpunkt zu stellen und Besucherinnen und Besuchern passende Angebote sowie kompetente Ansprechpartner zu präsentieren. Der Themenbereich richtet sich an Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Seh- oder Hörbehinderungen, Seniorinnen und Senioren sowie an alle, die besonderen Wert auf komfortables und barrierearmes Reisen legen. Mehr Infos [gibt es demnächst hier](#).

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55

Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de

Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

[Vom DBR-Newsletter abmelden](#)